

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 192, 15. JANUAR 2016

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,*

uns alle haben die abscheulichen **Gewalttaten gegen Frauen** in Köln am Silvesterabend betroffen gemacht. Die Täter müssen mit allen Mitteln, die unser Rechtsstaat für die entsprechenden Tatbestände vorsieht, bestraft werden. Dazu gehört bei ausländischen Straftätern ab einer Freiheitsstrafe von einem Jahr die Ausweisung. Ich betone gleichzeitig, dass es sich bei den Straftätern um Ausnahmen handelt – ebenso wie es unter den Deutschstämmigen „schwarze Schafe“ gibt, die Frauen belästigen, Ausländer attackieren und Flüchtlingsheime anzünden. Der Großteil der Migranten ist schockiert über die Kölner Vorfälle.

Wir wissen, dass fast alle Flüchtlinge in friedlicher Absicht zu uns kommen und ihre Heimat aus Angst um ihr Leben verlassen haben. Unser Wohlstand und unsere Mitmenschlichkeit verlangen von uns, sie in Deutschland aufzunehmen. Gleichzeitig sind wir als alterndes Land auf Zuwanderung angewiesen. So viel Zuwanderung in so kurzer Zeit ist eine große Herausforderung, die es zu meistern gilt. Daher dürfen wir, die Vernünftigen unter den Migranten und den Deutschstämmigen, uns nicht beirren lassen – trotz schrecklicher Vorfälle auf beiden Seiten. Wir brauchen wegen Köln keine neuen Strafgesetze. Wir benötigen – was wir auch bisher gefordert haben – die konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze.

**EIN AUSZUG AUS MEINEM
TERMINKALENDER –
ICH FREUE MICH, SIE ZU
TREFFEN:**

**Kundgebung halt!zusammen,
Baden-Württemberg gegen
Rassismus und Gewalt**
*Sa. 16.1., 11 Uhr
Stuttgart, Schlossplatz*

**Neujahrsempfang Forum
Ariane Lampoldshausen**
*Sa. 16.1., 16 Uhr
Hardthausen, Buchsbachtal-
halle*

**Neujahrsempfang der
Gemeinde Massenbachhausen**
*So. 17.1., 11 Uhr
Mehrzweckhalle*

**Winterfeier des
SPD-Ortsvereins Heinsheim**
*So. 17.1., 15 Uhr
Sportheim, Neckarstr. 1*

**Winterfeier des
SPD-Ortsvereins Bad Rappenau**
*So. 17.1., 18 Uhr
Wirtshaus Zum Wilddieb*

*Berlin-Brief abonnieren? Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

In dieser Woche hatten wir die **erste Sitzungswoche** des Deutschen Bundestages im Jahr 2016. Gleichzeitig war dies die **erste Praktikumswoche** für **Kassandra Schuldt** aus Bad Friedrichshall, die in den kommenden Wochen meine Arbeit begleitet. Wir SPD-Abgeordneten haben uns jedoch bereits in der vorigen Woche zur **Klausurtagung** getroffen. Wir haben uns neben den Themen Migration und Integration auch mit der Gesundheitspolitik sowie der Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen beschäftigt.



Wir wollen, dass **Gesundheit** nicht vom Geldbeutel abhängt. Die Novellierung der Gebührenordnung der Ärzte, die aktuell diskutiert wird, lehnen wir ab. Sie hätte eine Steigerung der privatärztlichen Honorare zur Folge. Dadurch würde es für Ärzte noch attraktiver, Privatpatienten statt Kassenpatienten zu behandeln. Eine Besserstellung privat Versicherter ist für uns nicht akzeptabel. Gleichzeitig würden die steigenden Beihilfeansprüche von Beamten die öffentlichen Haushalte und damit die Steuerzahlerinnen und -zahler zusätzlich belasten.

Auch wollen wir, dass Versicherte und Arbeitgeber die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wieder zu gleichen Teilen tragen. Zurzeit werden die kassenindividuellen Zusatzbeiträge – und damit mögliche Beitragssteigerungen – alleine den Versicherten aufgebürdet. Schwarz-Gelb hatte die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung in Zeiten der Wirtschaftskrise aufgekündigt, um Unternehmen zu entlasten. Mittlerweile brummt die deutsche Wirtschaft wieder. Deshalb müssen Ausgabensteigerungen, die aufgrund des demografischen Wandels und des medizinischen Fortschritts nicht vermeidbar sind, künftig wieder zu gleichen Teilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden.

Nach der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns werden wir 2016 den **Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit** gesetzlich eindämmen. Werkverträge und Leiharbeit sind notwendig, um Auftragsspitzen zu bewältigen oder Personalausfälle zu überbrücken. Viele Unternehmen bauen mithilfe dieser Instrumente allerdings Stammbeschafteten ab und ersetzen sie durch prekär Beschäftigte zweiter Klasse. Wir fordern: Wer in einem Betrieb gemeinsam arbeitet, soll gleich verdienen und gleich behandelt werden. Deswegen soll künftig eine Überlassungshöchstdauer von 18 Monaten eingeführt werden. Nach spätestens neun Monaten sollen Leiharbeiterinnen und -arbeiter genauso viel verdienen wie die Stammbeschafteten. Betriebsräte sollen das Recht bekommen, über die Anzahl und die vertraglichen Vereinbarungen der im eigenen Betrieb eingesetzten Werkvertragsnehmenden informiert zu werden.

Das neue Jahr ist voller Herausforderungen. Ob bei der Landtagswahl am 13. März oder in Berlin: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir geschlossen auftreten.

Ich wünsche uns, dass 2016 im Politischen wie im Persönlichen ein gutes Jahr wird.

Mit freundlichen Grüßen